

# Pressemitteilung

---

## DSLVL zur Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes

### Klimaschutz braucht Instrumente – Ziele müssen mit Technologiefortschritten synchronisiert werden

**Berlin, 12. Mai 2021. Die Speditions- und Logistikbranche braucht durch eine Änderung des Klimaschutzgesetzes und die weitere Verschärfung der Klimaschutzziele für den Verkehrssektor von der Notwendigkeit des schnellen Handels nicht zusätzlich überzeugt zu werden. Die Branche selbst drängt auf rasche Lösungen. Gesetzliche Zielvorgaben und eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises alleine werden die Verkehrswende aber nicht beschleunigen, wenn die Schritte auf dem Weg zum Ziel nicht beschrieben und die Instrumente nicht vorhanden sind, mahnt der DSLVL Bundesverband Spedition und Logistik aus Anlass der Beratungen des Bundeskabinetts zur Änderung des Klimaschutzgesetzes am 12. Mai 2021.**

Der beabsichtigte Lenkungseffekt hin zu emissionsfreien Logistikprozessen wird nur erfolgreich, wenn es für die Speditionshäuser echte Alternativen, nämlich Null-Emissions-Lkw und eine leistungsfähige Schiene gibt. Hierfür braucht es weitere Technologiefortschritte, also serienreife, flächendeckend verfügbare Lkw-Antriebstechnologien und vor allem auch eine stabile Auflade- und Betankungsinfrastruktur in ganz Europa. Gleichzeitig braucht es Kontinuität in den bereits eingeleiteten, finanziellen Anreizen und Förderprogrammen der Bundesregierung weit über diese Legislaturperiode hinaus. Nur so können die Mehrkosten für die Wirtschaft in Milliardenhöhe, die durch die hohen Investitionsaufwendungen für technologisch völlig neue Fuhrparks bei gleichzeitiger Entwertung der Bestandsfahrzeuge entstehen, abgemildert werden. Auch darf die weitere, steuerfinanzierte Ertüchtigung der Schiene für ein dichtes Verkehrsnetz, ausgebaute Gleisanschlüsse und einen starken kombinierten Verkehr nicht abreißen. Nur so kann ein an den logistischen Anforderungen von Spedition, Industrie und Handel ausgerichtetes Leistungsangebot entstehen und der definierte Mindestanteil der Schiene in Höhe von 25 Prozent am Güterverkehrsaufkommen als Teil des Klimaschutzbeitrages erreicht werden.

„Die Erreichung der Klimaziele gelingt nur durch eine Kombination verschiedener Instrumente. Der aktive Beitrag der Logistikbranche muss deshalb flankiert werden von ihren Zulieferern, d. h. den

#### Pressekontakt:

Maximilian Pretzel  
Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: +49 (0) 30 40 50 228-12  
Telefax: +49 (0) 30 40 50 228-88  
E-Mail: MPretzel@dslv.spediteure.de

www.dslv.org  
twitter.com/DSLVL\_Berlin

Nutzfahrzeugherstellern, der Energiewirtschaft und auch der öffentlichen Hand“, erläutert DSLV-Hauptgeschäftsführer Frank Huster. „Das Fundament für das richtungsweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die amtierende Bundesregierung selbst geschaffen. Jetzt muss sie aufpassen, dass sie sich auf den letzten Metern nicht noch überhebt und Wirtschaft und Gesellschaft völlig überfordert. Insofern ist der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, den Verkehrssektor zunächst vom linearen Reduktionspfad zu lösen und das CO<sub>2</sub>-Einsparungsdefizit mit den bis dahin erreichten Technologiefortschritten ab 2030 nachzuholen, durchaus diskussionswürdig.“

Als Spitzen- und Bundesverband repräsentiert der DSLV durch 16 regionale Landesverbände die verkehrsträgerübergreifenden Interessen der 3.000 führenden deutschen Speditions- und Logistikbetriebe, die mit insgesamt 604.000 Beschäftigten und einem jährlichen Branchenumsatz in Höhe von 113 Milliarden Euro wesentlicher Teil der drittgrößten Branche Deutschlands sind (Stand: Juli 2020). Die Mitgliederstruktur des DSLV reicht von global agierenden Logistikkonzernen, 4PL- und 3PL-Providern über inhabergeführte Speditionshäuser (KMU) mit eigenen LKW-Flotten sowie Befrachter von Binnenschiffen und Eisenbahnen bis hin zu See-, Luftfracht-, Zoll- und Lagerspezialisten. Der DSLV ist politisches Sprachrohr sowie zentraler Ansprechpartner für die Bundesregierung, für die Institutionen von Bundestag und Bundesrat sowie für alle relevanten Bundesministerien und -behörden im Gesetzgebungs- und Gesetzumsetzungsprozess, soweit die Logistik und die Güterbeförderung betroffen sind.